

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

## Volksernährungsfragen

Die bisher getroffenen Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung des deutschen Volkes während des Krieges kamen vielfach zu spät. Trotzdem ist es gelungen, durch zweckmäßige Einteilung das zu verhindern, was unsere Feinde erstreben, nämlich, daß wir bis spätestens halben Mai mit unseren Brotgetreidevorräten zu Ende wären. Ja, unsere Bestände sind noch viel größer, als sich voraussehen ließ. Wie der stellvertretende Vorsitzende des Staatsministeriums, Dr. Teschke, in dem verstärkten Haushaltsausschuß des preussischen Abgeordnetenhauses mitteilte, sollte nach den früheren Berechnungen eine Rüdfrage von 4 692 732 Doppelzentner Mehl vorhanden sein. Nach den letzten Erhebungen aber hat sich ein Ueberschuß von 8 965 929 Doppelzentner ergeben, die Rüdfrage hat sich mithin um 2 373 197 Doppelzentner erhöht. Damit ist die Versorgung des Volkes mit Brot über den 15. August hinaus um weitere sieben Wochen sichergestellt.

Dieses Ergebnis ist die Frucht der Brotkarte. Für manchen bildete sie freilich eine stark empfundene Einschränkung, insbesondere für die körperlich schwer arbeitende Bevölkerung. Bei frühzeitigem Eingreifen hätte dieses vermieden werden können, da unsere Bestände groß genug waren, um eine kaum merkliche Beschränkung des früheren Verbrauchs zu gewährleisten. Auf Grund des jetzt ermittelten Ueberschusses sollen den schwer arbeitenden Personen größere Brotrationen zugeteilt werden. Das ist im Hinblick auf die übrigen zur Verfügung stehenden Lebensmittel und ihrer Preishöhe zu begrüßen.

Ungleich günstiger steht es noch mit den Kartoffeln. Wie im preussischen Abgeordnetenhause vom Minister des Inneren mitgeteilt wurde, haben wir Kartoffeln im Ueberschuß. Es besteht sogar große Gefahr, daß ein Teil verdirbt, weil keine Verwendungsmöglichkeit in den Haushalten dafür vorliegt. Deshalb müssen die Spiritusbrennerien wieder in Betrieb gesetzt werden, die Stärkefabriken müssen ihre Produktion vermehren, die Kartoffelverdrängungsanlagen müssen ihre Leistung aufs Höchste anspannen.

Wer hätte das vorausgesehen? Nach dem Ausfall der ausländischen Futtermittelfuhr und dem erhöhten menschlichen Verbrauch mußte man annehmen, daß wir frühzeitig mit unseren Kartoffelbeständen zu Ende seien. Dementsprechend wurden Maßnahmen zur Sicherung des für den menschlichen Verbrauch benötigten Quantums gefordert, so u. a. Abschlagung einer größeren Menge Schweine und Beschlagung bestimmter Kartoffelmengen. Und die am 15. März stattgefundenen Erhebung über die Kartoffelvorräte schien dem recht zu geben, denn auf Grund derselben blieb, immer nach den Mitteilungen im preussischen Abgeordnetenhause, für den Kopf der Bevölkerung nur 1/3 Pfund täglich verfügbar. Bei dem verminderten Brotquantum und dem Bedarf für die Viehfütterung war das ein erschreckend geringer Betrag.

Und nun der Ueberschuß! Wohl bei keiner der vorgenommenen Statistiken über unsere Lebensmittelvorräte ist ein so unzutreffendes Resultat herausgekommen wie bei der Kartoffelbestandsaufnahme. Noch nicht einmal die Hälfte der wirklich vorhandenen Bestände sind u. E. angegeben worden. Es erscheint uns unfassbar, daß die Kartoffelbesitzer so wenig ihre Bestände gekannt haben, wie sie sie damals angegeben. Gegenüber dem heutigen Ueberschuß denke man an die Kartoffelknappheit im vorigen Herbst, und ganz besonders im Winter. Stundenlang hat manche arme Frau vor dem Laden stehen müssen, um sich einige Pfund zu sichern. Und gar erst die Preistreiber, die sich infolge der Kartoffelknappheit bemerkbar machte. Sprunghaft gingen sie in die Höhe. Und die Regierung gab dem Erängen der Produzenten und Großhändler nach und erhöhte im Februar die Höchstpreise um 1,75 M pro Zentner. Im April wurde jener Bundesratsbeschuß gefaßt, wonach die Besitzer von Kartoffeln, die von der Reichsstelle für Kartoffelversorgung erworben sind, für deren pflichtliche Behandlung einen Zuschlag von 50 Pf. pro Zentner von zehn zu zehn Tagen erhalten,

bis zum Höchstbetrage von 4 M am 20. Juni. Hiernach trägt der Zentner Kartoffeln, dessen Höchstpreis auf 4,50 M stand, dem Besitzer am 20. Juni 8,50 M ein.

Die übermäßig hohen Kartoffelpreise haben die minderbemittelten Volksschichten arg bedrückt. Sie fügten sich, weil sie diese Preisentwicklung für unvermeidlich hielten. Heute müssen sie freilich sehen, daß sie das Opfer einer, milde ausgedrückt, sehr ungeschönten Spekulation geworden sind. Die Preise waren nicht berechtigt, sie waren durch die willkürliche Zurückhaltung der Kartoffelbestände künstlich erzeugt. Ueber eine Milliarde Mark sind damit den Konsumenten zu Unrecht aus der Tasche gezogen worden. Heute sind Kartoffeln im Ueberschuß da, und die Preise sinken rapide. Wir wissen, daß auf Grund dieser Tatsache im preussischen Abgeordnetenhause Bestrebungen laut geworden sind, die Regierung zu verpflichten, den Kartoffelbesitzern ihre Bestände zu den bekannten Höchstpreisen abzunehmen. Das hat eine Ablehnung erfahren mit der beschlagenden Begründung, wer die Kartoffeln aus spekulativen Gründen zurückhalte, müsse auch das Risiko dafür tragen. Ein Sturm des Unwissens wäre erfolgt, hätte die Regierung anders gehandelt. Wenn jetzt der eine oder der andere vom Regen in die Traufe gekommen ist, so ist das nur eine kleine Vergütung gegenüber den großen Opfern, die die große Masse der Bevölkerung infolge dieser Treibereien hat bringen müssen.

Die Fleischpreise haben eine geradezu phantastische Höhe erreicht. Bekanntlich sind große Mengen Fleischwaren hergerichtet worden, die sich zum großen Teil in städtischen Besitz befinden. Die verstärkte Schweineabschlachtung war eine Folge der gemutmaßten Futtermittelknappheit, insbesondere auch der Kartoffel. Die Kartoffelknappheit im Winter, das niedrige Ergebnis der Bestandaufnahme im März, die fehlende Futtermittelfuhr, ließen die Maßnahmen der Abschlagung dringlich erscheinen. Deshalb ist niemand ein Vorwurf zu machen. Wir wissen heute, daß bei den vorhandenen Kartoffelbeständen die vermehrte Abschlagung sich, wenn auch nicht ganz, so doch zum größten Teile hätte umgehen lassen. Die jetzige Fleischknappheit wäre damit vermieden worden.

Diesen hohen Fleischpreisen fehlt ebenso die Berechtigung wie den enorm gesteigerten Preisen für andre Lebensmittel. Wie im preussischen Landtag seitens des Regierungsvertreters mitgeteilt wurde, ist die Zahl der Schweine in Preußen von 17 660 000 am 1. Dezember 1914 auf 12 500 000 am 15. März 1915 gesunken. Zwischen dem 15. März und 15. April ist dann noch eine Million Schweine zur Abschlagung gekommen. Diese Million, so fügte der Regierungsvertreter hinzu, sei aber noch da, sie sei zu Dauerware verarbeitet. Dasselbe trifft auf einen erheblichen Teil der zwischen 1. Dezember und 15. März geschlachteten Schweine zu. Daß nach der gesteigerten Abschlagung zur Herstellung von Dauerware Mangel an Schlachtschweinen eintreten mußte, war vorauszu sehen, und eine Preissteigerung auch verständlich. Aber eine Steigerung um das Doppelte und Unterdoppelte des früheren Preises, das übersteigt jedes zulässige Maß. Sobald bekannt wurde, daß die Herstellung von Dauerwaren in größerem Umfange betrieben werden sollte, schloß die Spekulation ein und trieb die Preise in die Höhe. Leider machten sich auch manche kommunalen Konkurrenz, was ebenfalls preistreibernd wirkte. Seit Ende Dezember ist diese Preistreibererei unausgesetzt am Werke. Die in privaten Händen befindlichen Dauerwaren, die noch in der Zeit der billigen Preise hergestellt wurden und die jetzt preisregulierend nach unten hätten wirken können, stehen mit an der Spitze der höchsten Preise. Daß die hohen Schweinefleischpreise auch eine starke Steigerung der Preise für Rindfleisch nach sich ziehen würden, war vorzutauschen, obwohl mit unseren Rindviehbeständen keine Veränderung eingetreten ist.

In dieser ungezügelten Preisentwicklung sind eine Reihe Gefahren für unsere Volksernährung vorhanden. Es wird gesagt, eine Verminderung des Fleischverbrauchs in Deutschland, der am höchsten

vor allen europäischen Staaten steht, könne ruhig vor sich gehen. Dafür sollten andre Nahrungsmittel eingestellt werden. Es müßte da hinzugefügt werden, welche Nahrungsmittel das sein sollen, auch wäre die Frage aufzuwerfen, ob gerade der Fleischverbrauch der minderbemittelten Schichten, angesichts der geringen Brotration, ohne gesundheitliche Gefahren eine Herabsetzung erfahren darf. Das Fleisch wird jetzt in vielen Arbeiterfamilien zur Delikatesse. Gewiß wird durch eine solche Reduktion unser Schweinebestand sehr bald wieder die alte Höhe erreicht haben, zumal Zuchttauen von der Abschlagung ausgenommen waren. Ob man dies nicht in einem gemäßigteren Tempo, auch im Hinblick auf die Schwierigkeit des Durchhaltens der gleichen Anzahl Menschen und Vieh wie im Frieden während des Krieges, erreichen sollte, wäre gewiß in Erwägung zu ziehen.

Was zu fordern ist, ist, daß die Kommunen mit ihren Dauerwaren sehr unverzüglich an den Markt treten. Sie müssen ihre Waren zu dem Selbstkostenpreis, der gewiß noch hoch genug ist, aber immerhin weit unter den heutigen im privaten Handel üblichen Preisen abgeben. Damit, und durch das vermehrte Angebot, würden die Preise nach unten beeinflusst. Der Verkauf ist la einzurichten, daß er der minderbemittelten Bevölkerung zugute kommt. Die Stadt Berlin beabsichtigt für den Verkauf ihrer Dauerwaren das Rationensystem, ähnlich wie mit dem Brot, einzuführen, und den Verkauf auf zwei Tage in der Woche zu beschränken. Damit dürfte der gewollte Zweck im wesentlichen erreicht werden, auch wenn die Fleischabgabe nicht an eine Einkommensgrenze gebunden ist. Die Beschränkung der Verkaufstage und das vorgeschriebene Quantum, das nicht groß sein kann, werden den Bessergestellten den Erwerb dieser Fleischwaren nicht begehrenswert erscheinen lassen.

Nach der Calverschen Zusammenstellung über die Bewegung der Lebensmittelpreise in 194 Orten des Deutschen Reiches betragen die Kosten des wöchentlichen Nahrungsmittelaufwandes für eine vierköpfige Familie, berechnet auf Grund der Nahrungsmittelration eines deutschen Marinesoldaten, im April d. J. durchschnittlich 34,41 M gegen 24,96 M im gleichen Monat des Vorjahres. Das ist eine Steigerung um 9,45 M pro Woche. Was eine solche Summe für den Arbeiterhaushalt bedeutet, brauchen wir nicht darzulegen. Wahrlich, alles sollte sich vereinen in dem Bestreben, die Last der Zeit den minderbemittelten Volksschichten so leicht wie möglich zu machen.

## Durchhalten

Von einem im Felde stehenden Kollegen wird uns geschrieben:

Durchhalten! Ueberall tönt uns das Wort entgegen. Zum Schicksalswort unserer Zeit ist es geworden.

Auch für die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter besteht jetzt die erste und oberste Pflicht, durchzuhalten. Wir müssen unser letztes daran setzen, um zu verhindern, daß unsere Verbände mehr als notwendig geschwächt oder gar unter dem Einfluß des Krieges zusammenbrechen.

Es kann unser Wille nicht sein, das, was unter den allergrößten Mühen in jahrelanger Arbeit aufgebaut wurde, nun in einigen Monaten zugrunde gehen zu lassen.

Die ganze Frucht unserer gewerkschaftlichen Arbeit steht auf dem Spiel.

Denken wir an unser stolzes Tarifgebäude, das wir mühsam, Stein für Stein uns aufgerichtet haben, und das uns Schutz bot gegen Unternehmerwillkür und Ungunst des Arbeitsmarktes. Soll es zerstört werden, nur weil wir kleinmütig und verzagt geworden sind, während unsere Brüder hier im Felde kühnlich ihr Leben fürs Vaterland und auch für die Dahem in die Schanze setzten! Die Antwort kann nicht schwer sein.

Durchhalten! Es ist ebenhin genug, was an Verbesserungen in unseren Gewerkschaften durch den Krieg angerichtet ist. Viele der bewährten Führer sind zu den

Sähen eingerückt, Tausende Vorstands- und Vertrauensposten waren mit einem Schlage verwaist. Daß solche Erschütterungen nicht ohne tiefgehenden Einfluß auf den Verband bleiben konnten, liegt auf der Hand.

Das zeigt uns aber auch die Wege, wie den einhelltesten Schäden am besten begegnet werden kann. Ein Höchstmaß von Pflicht- und Verantwortungsgefühl muß diejenigen auszeichnen, die die Lenker der einberufenen Kollegen übernommen haben. Die jedem Gewerkschaftler obliegenden Pflichten müssen mit noch mehr Eifer und Gewissenhaftigkeit erfüllt werden, als das schon in Friedenszeiten vordienlich ist.

Durchhalten! Nicht nur in dem Sinne, daß wir das Bestehende erhalten, sondern auch, daß wir den Verband weiter ausbauen, ihm Stärkung zuführen. Notwendig ist vor allem, daß wir den Mitgliedern die falsche Ansicht nehmen, als wenn im Kriege überhaupt nicht agitiert werden könnte. Darüber, daß die Gewerkschaften für Kriege erst recht notwendig sind, besteht doch heute wohl nirgend mehr ein Zweifel.

Solche Worte mögen alltäglich klingen, nichtsdestoweniger sind sie notwendig. Die Klammacher in unseren Organisationen sind auch heute, nach über zehnmonatiger Kriegerbauern, noch nicht völlig ausgestorben. In der ersten Zeit des Krieges liefen sie herum und sammelten: Was wird jetzt aus Deutschland werden? Was aus seiner Volkswirtschaft? Klassisch hierfür ist die Rede des Schriftstellers dieses auf die Frage nach dem Stande des Organisationswesens von dem Verfasser dieses Blattes: „mit dem Kriege ist die Arbeiterschaft in die äußerste Not zu kommen. Wir wollen es sehen, wie es ausgeht.“ Diesen hohen Wahnsinn wollen wir für die erste Kriegszeit noch hingehen lassen; Leute, die das Herz statt in der Brust, in den Hosentaschen haben, hats eben immer gegeben. Wo diese Riesmacherei aber heute nicht zeigt, da muß ihr energisch und rücksichtslos entgegengetreten werden.

Und haben wir denn etwa Unlust zum Pessimismus? Das deutsche Wirtschaftsleben besteht und funktioniert weiter. Der Krieg hat bei weitem nicht die verhängnisvollen Wirkungen gehabt, wie man früher vielfach angenommen hat.

So stehen wir heute vor der bemerkenswerten Tatsache, daß von Monat zu Monat das deutsche Wirtschaftsleben sich erholt hat und damit auch der Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist geringer geworden. Und ein solches Ergebnis nach fast neunmonatiger Kriegerbauern, wo man besonders in England geglaubt hat, wir würden

dann längst die Revolution im Innern haben, als Folge der schrecklichen Arbeitslosigkeit. Daß es erzielt werden konnte, legt Zeugnis ab von der Gesundheit und Festigkeit des deutschen Wirtschaftslebens. Es ist ein Triumph des deutschen Organisationsgeistes, der sich in diesem Kriege schon an so vielen Stellen bewährt hat. Dieser Verlauf gibt uns aber auch die Gewißheit, daß wir den Krieg auch weiterhin wirtschaftlich durchhalten werden.

Und auf militärischen Gebieten sind die Ausichten sicher nicht schlechter. Wirkliche Erfolge hat bisher nur Deutschland errungen. Verzweifelt waren die Anstrengungen unserer Feinde, Deutschland niederzuringen, zum mindesten die deutschen Heere von ihrem (der Feinde) Boden zu vertreiben. Es ist ihnen nicht gelungen. Und was sie in der Vergangenheit, als ihre Kraft noch frisch und unverbraucht war, nicht erreichen konnten, — soll das etwa in Zukunft erreicht werden, nachdem feststeht, daß Frankreich sowohl wie Rußland den Gipfelpunkt ihrer Machtentfaltung überschritten haben! Daran glaubt niemand von uns und auch die Marschierenden bei unseren Feinden werden das nicht mehr glauben.

Durchhalten also, auch in der Berufsorganisation. Schwarzfahrer und Schwächlinge dürfen einfach nicht geduldet werden. Das muß Parole sein. Wollen die Daheimgebliebenen weniger groß denken, weniger opferwillig sein? Doch sicher nein. Fort dann aber mit allem Kleinmut, mit aller Schwächlichkeit. Ein großes Geschlecht soll die Zeit an uns finden, auch in der Gewerkschaft. Wir halten unseren christlichen Bauarbeiterverband hoch, das muß unser aller Wille sein, dafür wollen wir arbeiten. Wenn weitere Einberufungen seine Reihen noch mehr stärken, dann müssen die Daheimgebliebenen um so enger die Reihen schließen, sie müssen die Fahnenflüchtigen zurückholen und neue Kämpfer für ihn werben. Und wenn die Arbeit schwieriger, der Erfolg trotzdem dürftiger ist — was tut's? Wir haben dann wenigstens das beruhigende Gefühl, das das Bewußtsein erfüllter Pflicht verleiht.

### Antworten auf Eingaben der Kriegsarbeitgemeinschaft.

Vom Reichsversicherungsamt ist auf die Eingabe der Kriegsarbeitgemeinschaft vom 29. Januar dieses Jahres am 15. März folgende Antwort erteilt worden:

„Das Reichsversicherungsamt hat beschlossen, mit den Landesversicherungsanstalten in der Angelegenheit in Verbindung zu treten. Dies wird in nächster Zeit geschehen.“

Die Ministerien der deutschen Bundesstaaten haben auf die Eingaben der Kriegsarbeitgemeinschaft, betreffend Unterstützung unserer Bestrebungen, folgende Antworten erteilt:

#### Preußen.

Vizepräsident des Staatsministeriums: Je einen Abdruck der gefälligen Eingabe vom 1. dieses Monats habe ich den Herren Ministern der öffentlichen Arbeiten und des Innern zugehen lassen. Minister des Innern: Die Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres, betreffend Bitte um staat-

liche Maßnahmen zur Befreiung der Bauartigkeit und damit zur Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit, hat mir entsprechend meiner Ressortzuständigkeit zu besonderen Maßnahmen keine Veranlassung gegeben.

Kriegsministerium: Auf die Eingabe vom 11. März 1915 wird ergebnislos erwideret, daß von seiten des Kriegsministeriums alsbald nach Kriegsausbruch das Erforderliche wegen Weiterführung der im Gange befindlichen Bauten verfügt worden ist.

Der Fortgang fast sämtlicher Bauten, sowohl der früher begonnenen wie der neu in Angriff genommenen, wird wesentlich behindert durch die Schwierigkeit, Arbeitskräfte, insbesondere Maurer, Erd- und Bauhilfsarbeiter, zu erlangen. Von einer allgemeinen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe kann wenigstens zurzeit nicht gesprochen werden.

Eine amtliche Zusammenstellung der in Aussicht stehenden Bauarbeiten im Bereich der Landesverwaltung für die Kriegsarbeitgemeinschaft anzufertigen, muß abgesehen werden. Aus dem Etat sind alle Bauanlagen ersichtlich, für welche Mittel durch die gesetzgebenden Körperschaften bewilligt worden sind.

Die sonstigen in der Eingabe vom 17. Oktober 1914 ausgesprochenen Wünsche und Anregungen beziehen sich auf Angelegenheiten, für welche das Kriegsministerium nicht zuständig ist.

Das bürgerliche Gesuch um Ueberlassung dienstunbrauchbarer Dienst- und Deutepferde ist dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe zur Erledigung überzandt worden.

Der Justizminister: Bei Aufstellung des Entwurfs des Staatshaushalts für 1915 ist die Justizverwaltung bemüht gewesen, soweit als irgend möglich, den in der Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres geäußerten Wünschen nach Schaffung von Arbeitsgelegenheit für das Baugewerbe und die damit in Zusammenhang stehenden Zweige des Handwerks durch Einstellung der Mittel für Errichtung neuer und Fortsetzung bereits begonnener Bauten entgegenzukommen.

Die weiter in der Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres erwähnten Wünsche betreffen den Bereich der mir unterstellten Verwaltung nicht.

Der Minister der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten: In Würdigung der in der Eingabe vom 17. Oktober vorigen Jahres vorgebrachten Gesichtspunkte habe ich den dort kundgegebenen Wünschen im Bereiche meines Geschäftskreises nach Möglichkeit entsprochen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten: Bereits seit Mitte August sind an die mir unterstellten Behörden Anweisungen ergangen, um wirksam dem Arbeitsbedarf in den industriellen und gewerblichen Betrieben zu Hilfe zu kommen, Arbeiterentlassungen zu verhüten und bestehende Arbeitslosigkeit zu mildern, die Beschäftigungstätigkeit und die Vergebung von Leistungen und Lieferungen in dem Umfange wie vor dem Kriege aufrechtzuerhalten und die Bauartigkeit nach Möglichkeit an allen Stellen, wo Arbeitskräfte für die Ausführungen zur Verfügung standen, zu betreiben. Die Maßnahmen haben sich insbesondere auch auf die Arbeiter, die für das Baugewerbe in Frage kommen, erstreckt. Durch mehrfache Veröffentlichungen in der Presse über die Entwicklung der Bauartigkeit im Bereiche der allgemeinen Bauverwaltung und der Staatsbahnbauverwaltung wird Ihnen der Umfang der Arbeitstätigkeit bekannt geworden sein. Eine amtliche Bekanntgabe der geförderten Bauten erschien wegen der übergroßen Anzahl von weit über tausend Ausführungen nicht erforderlich. Wenn weiter im Bereiche der Verwaltung erleichternde Maßnahmen in betreff der Verdienungsweises und besonders in bezug auf die Sicherheitsleistungen und die Gewährung von Abschlagszahlungen schon in den ersten Kriegsmontaten in Kraft gesetzt wurden, über die ebenfalls mehrfache Bekanntgaben erfolgten, wird Ihnen in der Eingabe vom 17. Oktober ge-

### Deutscher Frühling 1915

Brauner Ader, zerschritten, zerlegt.  
Schützengräben voll drängender Mut.  
Eiserne Saat die Zähne weht.  
Braune Erde — rotes Blut.

Gellender Hörner Sichelklang.  
Eisen und Blut, die dengeln gut  
Das Lied vom Sommer und Erntefang.  
Braune Erde — rotes Blut.

Deutscher Frühling, deutsche Saat,  
Steht und reißt in Gottes Hut,  
Zähst bald heim die goldne Mahd  
Von brauner Erd' und rotem Blut.

Heinrich Jerlanen (Worm).

### Geldpostbrief

Genauisch, den 6. 6. 15.  
Sehr geehrte!

Wenn ich den Brief heute in der Hand habe, so ist es ein Zeichen, daß die Post noch nicht ganz so sehr in die Hände der Feinde gefallen ist, wie man in der ersten Zeit des Krieges geglaubt hat. Ich bin sehr froh, daß ich heute noch schreiben kann, und ich hoffe, daß ich auch weiterhin schreiben kann.

Die beiderseitigen Gräben liegen sich an vielen Stellen so nahe gegenüber, daß wir uns gegenseitig mit Handgranaten bewerfen. Auch spielen die Minenwerfer hier eine große Rolle. Am Tage jedoch kann man sich gegenüber den Minen schützen, weil man den Abschuss des feindlichen Minenwerfers genau kennt, und dann auch die Flugbahn der Mine ganz gut verfolgen kann. So kann man rechtzeitig Deckung dagegen nehmen. Da die feindlichen Minen in ihrer Wirkung den unserigen bedeutend nachstehen, so haben wir in unseren gut ausgestatteten Stellungen sichere Deckung dagegen. Und bei Nacht sucht man sofort, wenn man den Abschuss hört, seinen sicheren Schlupfwinkel auf. So oft ich zur vorderen Stellung gehe, habe ich Gelegenheit, am Grabe unseres lieben Kollegen Schneider-Hannover vorbeizugehen. Es befindet sich ungefähr in der Mitte eines schon angelegten Friedhofes mitten im Walde. Es ist bis jetzt, wie auch der ganze Friedhof, noch gut erhalten, und unsererseits wird auch alles vernichtet, was die Ruhe unserer Selben stören könnte. Vielleicht habe ich einmal Gelegenheit, das Grab fotografieren zu lassen und Dir ein Bild davon zu schicken.

Man hat sich nach zehn Monaten Krieg auch noch nicht unserer Feinde zugehört. Das selbe Land, dessen Arbeiter zu Hunderttausenden bisher in Deutschland Arbeit und Verdienst fanden, fällt jetzt wie ein feiger Raubgott über uns her, um uns zu vernichten. Es ist wirklich schmerzhaft zu sehen, wie mit welchem Frevel und mit welcher Gewissenlosigkeit die italienischen Staatsminister ein ganzes Volk in Tod und Verderben stürzen. Mit derselben Heißgier und Hämertätigkeit, mit der die italienischen Arbeiter ihren deutschen Arbeitskollegen bei der Auswanderung in den Osten hielten und sie so oft um ihr Leben zu strapazieren, bringen sie mit derselben Heißgier und Hämertätigkeit nun auch die italienische Staatsregierung über ihre heilige Pflicht hinwegzusetzen herabzuwürgen, um ihnen die Früchte ihres Sieges zu rauben. Das es heißt, sollen ja auch Italiener noch hier kommen. Das, ja mögen kommen, wir sind bereit, sie zu emp-

fangen, und der Empfang wird so sein, wie es diese Gesellschaft verdient. Wir haben das feste Vertrauen zu Gott, daß er uns auch fernerhin zum Siege verhelfen wird. Wir wollen und müssen siegen, auch wenn es noch lange dauert.

Mit besonderer Freude habe ich den Artikel des Kollegen Wiederberg gelesen über unser Verbandshaus. Beim Lesen desselben erinnerte ich mich früherer Zeiten. Ich erinnerte mich an Kollegen Göbhard festigen Augenblicks in Böhln. Auch unsere damaligen Einrichtungen zur Abwicklung der Verbandsgeschäfte hatten viel Ähnliches mit dem, wie sie Kollege Wiederberg schildert. Ein abgelegenes Zimmer diente als Bureau. Die Möbel bestanden aus einem ganz primitiven Tisch, ein paar Stühlen und auch wohl einem Spind. Seitdem hat sich vieles geändert. Wir sind voran gekommen und verfügen heute über ein großes Vermögen. Auch die letzte Jahresabrechnung hat mich angenehm überrascht. Ich hatte mir dieselbe viel ungünstiger vorgestellt. Freilich könnte das Ergebnis noch besser sein, würden die vielen, die heute noch außerhalb des Verbandes stehen, beitreten und mithelfen. Deshalb möchte ich auch an dieser Stelle den daheimgebliebenen Kollegen dringend ans Herz legen, unermüdet weiter für die Ausbreitung unseres Verbandes zu sorgen, und nicht die Mühen und Opfer zu scheuen, die hierzu notwendig sind. Wir müssen hier im Felde tagtäglich viel größere Opfer bringen, und wir tun es, weil wir wissen, daß die Sicherung der Existenz unseres Vaterlandes diese Opfer notwendig macht. Und wir kämpfen hier nicht bloß für die Größe und Freiheit unseres Vaterlandes, sondern auch für eine bessere Zukunft des Arbeiterstandes. Wir werden auch nach dem Siege weiter kämpfen müssen für unsere gerechte Sache. Und dazu ist die Organisation nötig. Nun will ich für heute schließen in der Hoffnung auf ein gesundes Wiedersehen. Es grüßt Dich und alle Kollegen herzlich

Dein G. Köllner.

ebenen Anregungen in den wesentlichen Punkten entbrochen sein.

Der Minister für Handel und Gewerbe: Auf die Eingabe vom 11. März dieses Jahres erwidere ich Ihnen, daß zur Steuerung der im Baugewerbe herrschenden Beschäftigungslosigkeit wegen Vergebung und Fortführung staatlicher Bauten und Vornahme baulicher Unterhaltungsarbeiten bereits das Mögliche geschieht.

**Königreich Sachsen.**  
Ministerium des Innern: Auf die Anfrage vom 11. März 1915 ist mitzuteilen, daß das Ministerium des Innern in der fraglichen Angelegenheit mit dem Landesauschusse der Kriegsarbeitsgemeinschaft des Baugewerbes im Königreich Sachsen verhandelt, zur Klärung der Sachlage auch die berufenen Organisationen zur Aussprache aufgefordert hat. Diese Berichte sind noch nicht alle eingegangen.

**Württemberg.**  
Ministerium des Innern: Auf Ihre an das Königlich Württembergische Staatsministerium gerichteten und von diesem hierher übermittelten Schreiben vom 11. März 1915 beehre ich mich mitzuteilen, daß ich die in Ihrer Eingabe vom 31. Oktober vorigen Jahres vorgebrachten Wünsche in nähere Erwägung gezogen habe und daß denselben im diesseitigen Geschäftsverlauf nach Eilmöglichkeit Rechnung getragen wird.

**Baden.**  
Ministerium der Finanzen: Wir sind bereit, die uns unterstellten Baubehörden auf die von Ihnen geschaffenen neuen Organisationen hinzuweisen. Zu diesem Zwecke eruchen wir um Uebersendung von 15 weiteren Abdrucken Ihres Schreibens vom 1. März dieses Jahres.

**Sachsen-Weimar.**  
Staatsministerium, Departement des Innern: Was zur Behebung des Baugewerbes hat geschehen können, ist im Gebiet des Großherzogtums getan worden. Die bewilligten Staatsbauten sind in Angriff genommen und werden fortgeführt, soweit sie nicht schon vollendet sind.

Bei der Vergebung von Arbeiten werden die leistungsfähigen ortsaussässigen Firmen vorzugsweise herangezogen.  
Auf die Vergabe von Baugeländern durch die Landesversicherungsanstalten, Sparkassen oder Stiftungen einzuwirken, sind wir nicht in der Lage. In dieser Hinsicht kann aber vielleicht von der Tätigkeit der im Großherzogtum unter Beteiligung des Staates begründeten Kriegskreditkasse einige Hilfe erwartet werden.

**Sachsen-Meiningen.**  
Herzogliches Staatsministerium, Abteilung des Innern: Auf Ihre Eingaben vom 31. Oktober v. J. und vom 11. März d. J. benachrichtigen wir Sie, daß diesseits größere staatliche Bauarbeiten nicht zu vergeben sind.

**Sachsen-Roburg.**  
Herzoglich Sächsisches Staatsministerium: Auf die Eingaben vom 31. Oktober v. J. und 11. März d. J. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir von Beginn der kriegerischen Verwicklungen an mit Eifer bemüht sind, zur Erhaltung der Volkskraft durch Vergebung von Kostensarbeiten Arbeitsgelegenheit zu schaffen, soweit es unsere finanziellen Mittel irgendwie gestatten.

**Schwarzburg-Rudolstadt.**  
Fürstlich Schwarzburgisches Ministerium, Abteilung des Innern: Dem Zentralausschuß teilen wir auf die Eingabe vom 11. März d. J. mit, daß zur Steuerung der Arbeitslosigkeit im Fürstentum unter anderem der Bau einer neuen Landesheil- und Pflegeanstalt in Rudolstadt in Angriff genommen ist.

**Anhalt.**  
Herzoglich Anhaltisches Staatsministerium: Auf die Eingaben vom 31. Oktober 1914 und 11. März 1915 erwidern wir ergebenst, daß wir bestrebt sind, für das Baugewerbe nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

**Waldeck.**  
Der Landesdirektor: Auf die Eingabe vom 11. März d. J. erwidere ich ergebenst, daß der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Vergebung der Bauarbeiten auch hier im Lande gebührende Aufmerksamkeit geschenkt wird.

**Hamburg.**  
Ranzlei des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg: ... Es wird bemerkt, daß schon bald nach Kriegsausbruch eingehend erwogen ist, welche Maßnahmen zur Behebung der Bauarbeiten und zur Bekämpfung der allgemeinen Arbeitslosigkeit getroffen werden können. Das Ergebnis der Beratungen war die Bereitstellung erheblicher Mittel zur Ausführung von Kostensarbeiten und die Anordnung, möglichst viele Unterhaltungs- und Erneuerungsarbeiten beschaffen zu lassen. In der Ausführung begriffene Bauten werden, soweit nicht die Materialbeschaffung unüberwindbare Schwierigkeiten bereitet, tunlichst gefördert. Den Unternehmern werden nach Möglichkeit Erleichterungen gewährt. Der Staatshaushaltsplan für 1915 sieht eine Reihe neuer Bauarbeiten vor, die demnächst in Angriff genommen werden.

**Meuß i. S.**  
Fürstliches Ministerium: ... Wir teilen mit, daß wir den geäußerten Wünschen bereits aus eigener Initiative nach Möglichkeit entsprochen haben und auch für die Zukunft zu entsprechen gedenken.

**Meuß a. S.**  
Fürstlich Meuß-Planische Landesregierung: ... Wir erwidern, daß dem Gesuche um Förderung

der Bestrebungen der Gemeinschaft, soweit das nicht bereits geschehen, nach Möglichkeit Rechnung getragen werden wird.

**Bremen.**  
Baukommission des Senats: ... Wir teilen mit, daß die staatlichen Bauausführungen in Bremen bisher während des Krieges einen fast ungebrochenen Verlauf genommen haben, und daß insbesondere bei der Vergebung von Arbeiten keine Schwierigkeiten eingetreten sind. Auch ein in den letzten Monaten zeitweise hervorgetretener Mangel an Arbeitskräften hat bislang zu nennenswerten Unzulänglichkeiten nicht geführt. Wollte es den Unternehmern zu überlassen sein, selbst die erforderliche Fürsorge zu treffen und sich eventuell dieserhalb an den zuständigen Drausschuß der Kriegsgemeinschaft zu wenden.

### Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: **Franz Schmiedekind, Alfons Jütte und Paul Jacobi**, Mitglieder der Zahlstelle Rhumplinge; **Bernhard Puschinski**, Mitglied der Zahlstelle Cöln-Neves (leider inzwischen gefallen); **Hubert Schürbeemann, Josef Franke, Paul Gebhardt und Bernh. Hülsbusch**, Mitglieder der Verwaltungsstelle Münster i. W.; **Ignaz Giesigk** (und Beförderung zum Unteroffizier), Mitglied der Zahlstelle Hamm, Maurer; **Wilh. Seelbach** aus Dortmund, Mitglied der Zahlstelle Dhtlg. Unsern Glückwunsch.

**Christliche Gewerkschaftsbewegung in Holland.**  
Die christlichen (interkonfessionellen) Gewerkschaften Hollands verfügen zwar noch nicht über große Mitgliederzahlen, sind aber in der Zeit seit 1910 andauernd gestiegen. Im Jahre 1910 zählten sie in 19 Organisationen 6680 Mitglieder. Wie in der am 20. und 21. Mat tagenden Generalversammlung mitgeteilt wurde, betrug die Zahl der Mitglieder Anfang 1915 in 27 Organisationen 12508. Die Generalversammlung befaßte sich eingehend mit der Frage der Arbeitslosenversicherung. Sie wurden zwei Beschlüsse gefaßt: a) Der Gesamtverband sollte mit anderen Organisationen gemeinsam eine Aktion einleiten, damit die Arbeitslosenversicherung der Landesorganisationen durch ihre lokalen Abteilungen zur kommunalen Arbeitslosenversicherung zugelassen wird. (Es handelt sich bei diesem Beschlusse darum, der Arbeitslosenversicherung der Landesorganisationen die durch die Notverordnung des Ministers Treub vorgesehene kommunale Zuschüsse zu sichern. D. R.). b) Der Vorstand wird beauftragt, bei Regierung und Kammer vorstellig zu werden, um eine allgemeine Regelung der Arbeitslosenversicherung im Anschlusse an die Notverordnung des Ministers Treub zu erreichen. Ferner sollen Gemeinden, welche bisher die kommunale Arbeitslosenversicherung noch nicht eingeführt haben, von der Regierung hierzu verpflichtet werden.

**Kinderlosigkeitsbedingung.** Mit Recht wenden sich gerade jetzt in einer Zeit, in der der Wert unseres starken ausblühenden deutschen Volkes hellleuchtend in die Erscheinung tritt, welche Kreise unseres Volkes gegen das unmoralische Verhalten mancher Hausbesitzer- und Arbeitgebers, Mieter, bzw. Arbeitnehmer nur dann aufnehmen zu wollen, wenn sie nur wenige oder keine Kinder haben. Wenn man nun dem Hausbesitzer gegenüber noch gelten lassen kann, daß er sich in manchen Fällen von unangenehmen Erfahrungen oder auch von der Rücksicht auf Forderungen seiner übrigen oft unverständigen Mieter leiten läßt, so ist das nachstehende Inserat, welches vor einigen Wochen in „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht wurde, mit nichts zu entschuldigen:

„Fürster, verheirateter, kinderloser, zum 1. Mai, nicht über 40 Jahre, gesucht. Mitbedingung der Zentralheizung, Monatsvergütung nach Uebereinkunft, freie Dienstwohnung und freie Dienstkleidung. Nur schriftliche, mit Zeugnisabschriften belegte Bewerbungen zu richten an die Kanzlei der Gr. W. d. Sächsischen Gesandtschaft in Berlin, Bernestraße 9. (N. 128).“

Also selbst eine staatliche Behörde, deren ganze Sicherheit und Existenz sich doch nur auf einem sich stark entwickelnden blühenden Volke aufbaut, macht einem Arbeiter für untergeordnete Dienstleistungen bei Monatsvergütung nach Uebereinkunft Kinderlosigkeit zur Bedingung. Man braucht nur das geforderte Lebensalter des verlangten Mannes in Betracht zu ziehen, um zu wissen, was die Forderung bei einer in den besten Jahren stehenden Familie bedeutet. Entweder zwangsweise Kinderlosigkeit, oder es droht Arbeits- und zugleich auch Wohnungsverlust. Solche Arbeitsbedingungen sind im höchsten Grade verwerflich. Wenn dem hier erwähnten Lebensstand abgeholfen werden soll, dann müssen zunächst einmal alle Behörden und sonstigen verantwortlichen Instanzen mit gutem Beispiel vorangehen.

**Zunahme der Frauenarbeit.** Die durch den Krieg hervorgerufenen Unwälzungen in unserer Volkswirtschaft haben eine starke Zunahme der Frauenarbeit im Gefolge gehabt. Zurzeit werden weibliche Arbeitskräfte in manchen Gewerbezweigen beschäftigt, die bisher der Frauenarbeit verschlossen waren. Wie weit letztere jetzt im Wirtschaftsleben vordringt, geht aus einem Artikel hervor, den der Vorsitzende des Berliner Zentral-Arbeitsnachweises, Dr. Freund, kürzlich in der Presse veröffentlichte:

„Bei den Arbeitsnachweisen werden Tausende von männlichen Arbeitskräften dringend verlangt, die nicht

gestellt werden können, während Tausende von Arbeiterinnen beschäftigungslos herumgehen und Arbeitslos- oder sonstige Unterstützung in Anspruch nehmen. Es erscheint deshalb dringend notwendig, daß in noch weit größerem Umfange als bisher versucht wird, weibliche Arbeitskräfte als Ersatz für männliche heranzuziehen. Der Berliner Zentral-Arbeitsnachweis hat bereits zahlreiche Vermittlungen für Arbeitsstellen betätigt, die sonst nur von männlichen Arbeitskräften besetzt waren. So z. B. in der Metallindustrie: Arbeiterinnen für die Drehbank, die Stanzerlei und zum Wollstrikampfen, für das Drehen von Granaten, für Schraubendrehen und für Klempererei. In der chemischen Industrie: zum Füllen, Drehen, Füllen, Stampfen. Mehrere Apotheken stellen sich auch Frauen als Hausdiener ein. In der Lederindustrie: Arbeiterinnen für Sattlerei an der großen Sattlermaschine und an der großen Schuhmachermaschine. In Bierbrauereien: Flaschenfüllen an der Maschine; in der Bekleidungsindustrie: Frauen als Wäscherinnen und Stepperrinnen für Konfektion. In Buchbindereien: als Schüttelehrinnen und Einrichterrinnen. Ferner für Güterabfertigung zum Verladen; für Tischdecken, für Holzhandlungen, als Heizerinnen und Kochschaffnerinnen, ebenso als Radfahrerinnen und Kutscher. Bei einigen guten Willen und einiger Nachsicht der Arbeitgeber könnten zahlreiche Lücken, die sich jetzt sehr empfindlich geltend machen, ausgefüllt werden.“

Die Ausbreitung der Frauenarbeit ist auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse von großem Einfluß. Die starke Nachfrage nach geeigneten Arbeitskräften und gute Beschäftigung haben zwar in verschiedenen Gewerben die Löhne der weiblichen Arbeiter steigen lassen; aber es wird auch vielfach berichtet, daß die Frauenarbeit zur Lohnbrückerlei mißbraucht wird. Die Gewerkschaften sehen sich deshalb veranlaßt, im Interesse sowohl der weiblichen wie der männlichen Arbeiter der vorhin ange deuteten Entwicklung besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um eine Verschlechterung der Lebenslage der Arbeiter zu verhindern.

### Arbeitsvermittlung und Arbeitsbedingungen für Ostpreußen Wiederaufbau

In der Nr. 17 vom 25. April d. J. der „Baugewerkschaft“ veröffentlichten Bedingungen für den Wiederaufbau Ostpreußens ist im Absatz 3 eine Unrichtigkeit enthalten, welche hiermit richtiggestellt wird. Es muß heißen:

Dem durch die Königsberger Zentralkommission vermittelten Arbeiter wird zur Hin- und Rückreise freie Fahrt und ein Gehalt von 3 M pro Reisetag gewährt; dasselbe gilt für die Rückreise, wenn der Arbeiter nach Vollendung der vermittelten Arbeit in die Heimat zurückkehren will, oder wenn er ohne seine Schuld vorzeitig entlassen wird.

### Bäder- und Anstaltsfürsorge für Kriegsteilnehmer.

In der Öffentlichkeit ist bisher über alle Maßnahmen zur Fürsorge für die verwundeten und kranken Kriegsteilnehmer eingehend berichtet worden. Nur einer wichtigen Arbeit wurde bisher wenig gedacht: der endgültigen Wiederherstellung der Gesundheit und Erwerbsfähigkeit der erkrankten und verwundeten Kriegsteilnehmer durch Bäder- und Anstaltsfürsorge, wie sie das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz nach einem groß angelegten Plane aufstellt.

Gewiß hat das Militärmedizinalewesen sorgfältige Anordnungen getroffen, in welcher Weise mit den aktiven kranken und verwundeten Kriegsteilnehmern während der Behandlung in den Lazaretten zu verfahren ist. Insbesondere sollen auch für den Fall, daß eine Spezialbehandlung erforderlich ist, neben den medizinischen und orthopädischen Behandlungsmethoden Bade- und Brunnenkuren eingeleitet werden.

Es muß aber schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß es besonders nach dem Jahresabschlusse eine große Aufgabe sein wird, für die aus dem Heeresverbande entlassenen (inaktiven) Kriegsteilnehmer alle jene Einrichtungen zu schaffen, die auch ihnen die wertvollen Güter unserer Heilbäder, Luftkurorte und orthopädischen Heilanstalten in weitestem Umfange zugänglich machen. Unter den Millionen der Kriegsteilnehmer werden sich Hunderttausende von Männern befinden, denen erst eine Kur oder sonstige Nachbehandlung die erforderliche Kräftigung für den Wiedereintritt in das Berufsleben schaffen muß. Viele Tausende werden noch jahrelang die erste Kur wiederholen müssen, um die im Krieg, namentlich durch die aufreibenden Strapazen des Winterfeldzuges und des neuzeitlichen Stellungskampfes erlittenen körperlichen Schädigungen auszugleichen.

Das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz hat diesen Gedanken zuerst in die Tat umzusetzen gesucht und in einer besonderen Abteilung, der neben Mitgliedern der Reichs- und Staatsbehörden, Ärzten, Parlamentariern aller Parteien usw. auch bekannte Führer der Arbeiterbewegung angehören, die eingehendsten Vorbereitungen getroffen zur Lösung dieser schwierigen Aufgabe, bei der auch das Reich sicherlich mitarbeiten wird.

Dieser neue, umfassend organisierte Zweig der sozialen Kriegswohlfahrtspflege wird unseren tapferen Kriegern nicht nur Gesundheit und Lebensfreude bringen, sondern sie als vollwertige und arbeitstüchtige Glieder unserer Volksgemeinschaft erhalten.

### Unterstützung der Eltern aktiv dienender Soldaten

In den verflochtenen Kriegsmonaten ist das Gesetz über die Unterstützung der Kriegsfamilien mehrfach erweitert und verbessert worden. Ursprünglich garantierte es nur solchen, bedürftigen Angehörigen die gesetzliche Unterstützung, deren Ernährer als Reserve-, Ersatzreserve-, Landwehr- oder Landsturmann dient. Nachdem schon vor längerer Zeit angeordnet worden war, daß die Familien solcher aktiv dienender Soldaten, die in Friedenszeiten mit Herbst zur Entlassung gelangt wären, vom 1. Oktober 1914 ab zu unterstützen seien, wurde durch den Reichskanzler am 30. Januar 1915 verfügt, daß die Ehefrau und die Kinder aktiv dienender Soldaten allgemein bei Bedürftigkeit unterstützt werden müssen. Jetzt hat der preussische Minister des Innern durch Erlass vom 28. April 1915 (V 4528) folgendes bestimmt:

„In Zukunft sind auch die erwerbsunfähigen Eltern und Großeltern derjenigen aktiven Mannschaften zu unterstützen,

- a) die als einzige Ernährer derselben auf Reklamation zurückgestellt gewesen, später aber zum Seeresdienst eingezogen worden sind;
- b) die fernerhin als einzige Ernährer erwerbsunfähiger Eltern und Großeltern infolge Reklamation zurückgestellt, später aber zum Seeresdienst eingezogen werden;
- c) die als einzige Ernährer derselben reklamiert worden sind und die erwerbsunfähigen Eltern und Großeltern tatsächlich unterstützt haben, aber lediglich mit Rücksicht auf den Mannschafbedarfs trotz der Reklamation eingestellt worden sind.

Für die spätere Erstattung der infolge dieser Erweiterung gemachten Bewilligungen in Höhe der gesetzlichen Mindestsätze vom 1. Mai d. J. ab wird Sorge getragen werden.“

Der Erlass zeigt den guten Willen der Regierung, die Kriegsunterstützten möglichst von der Armenpflege fern zu halten. Er wird aber den praktischen Bedürfnissen häufig deshalb nicht ganz gerecht werden, weil er nur bei der Einziehung des „einzigen Ernährers“ die Hilfe zusichert, und wenn dieser trotz Reklamation genommen worden ist. Der Erlass bedarf einer Ergänzung dahin, daß die Kriegsunterstützung allgemein auch dann noch zu zahlen ist, wenn es sich zwar nicht um den einzigen, aber um den „hauptsächlichen“ Ernährer handelt. Der Hinweis auf die Reklamation müßte ganz wegfallen, weil in der jetzigen schweren Zeit die Bewilligung auch bei dringender Notlage aus vaterländischen Gründen vielfach von einer Reklamation ganz absteht. Dieses Verlangen dürfte um so mehr berechtigt sein, als doch schließlich alle hier in Frage stehenden Unterstützungsfälle durch den Krieg hervorgerufen werden und eine gerechte Verteilung der Lasten nur durch ihre Übernahme auf Reich oder Staat herbeigeführt werden kann.

Jedenfalls macht der Erlass in seiner heutigen Fassung es Eltern und Großeltern zur Pflicht, vor künftigen Aushebungen rechtzeitig bei der Gemeindeverwaltung eine Reklamation anzubringen, damit sie, wenn ihre Verhältnisse danach stehen, der Kriegerfamilien-Unterstützung teilhaftig werden.

### Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauverträge, Entwürfe, technische Notizen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauverträge sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

**Bochum.** Am Dienstag, den 1. Juni, verunglückte unser jugendlicher Kollege Wilh. Weß aus Blantzenau, Kreis Fulda, welcher bei einer Kamin-Reparatur auf Höhe Karolinengasse zu Bochum bei der Firma Dr. Otto beschäftigt war, stürzte infolge eines Fehltritts hinterwärts einige Meter hoch ab und erlitt dabei einen Schädelbruch, so daß der Tod sofort eintrat. W., welcher die Materialbedienung besorgte, wollte einem abstürzenden Kibel ausweichen und fiel dabei unglücklichweise in einen Kanal. Die Berufsgenossenschaft hat sofort die Untersuchung eingeleitet und einige Rippen am Transpormaterial festgestellt.

### Soziale Rechtssprechung

**St. Der Streifenwert im Arbeitszeugnis.** Urteil des Landgerichts Stuttgart vom 26. Juni 1914. (Nachdruck auch im Auszug verboten.) Nach § 113 der Reichs-Gewerbeordnung ist das Arbeitszeugnis auch auf Führung und Leistung des Arbeiters auf dessen Verlangen hin auszugeben. In der Ausgabe des Grundes der Führung des Arbeitszeugnisses muß jedoch der Arbeitgeber die größte Vorsicht walten lassen, wie ein kürzlich vom Landgericht Stuttgart erlassener Bescheid zeigt. Infolge eines ausgebrochenen Streiks legte der seit Juni 1911 in Diensten des Lehrlings E. am 15. April 1914 nach frühem Kündigung die Arbeit nieder und verlangte am 16. April ein Zeugnis. Da dieses außer Angaben über Führung und Leistung auch den Streik enthielt, daß E. infolge Streiks die Arbeit nicht verrichtet habe, erhob er beim Gewerbegericht Stuttgart Klage gegen E. auf Ausstellung eines Zeugnisses ohne diese Bemerkung. Das Gericht gab ihm recht. Es beruht auf dem Grundsatz, daß die Entscheidung vom Landgericht Stuttgart mit folgender Begründung begründet ist:

Die im streifenartigen Zeugnis bedarf, ist nach der Fassung im Reichsgesetz über die Gewerbeordnung nicht über die Führung der Tätigkeit zu einem Urteil zu fällen. Ein Zeugnis ist ein Zeugnis über die Tätigkeit des Arbeiters, nicht über die Tätigkeit des Arbeiters. Ein Zeugnis ist ein Zeugnis über die Tätigkeit des Arbeiters, nicht über die Tätigkeit des Arbeiters. Ein Zeugnis ist ein Zeugnis über die Tätigkeit des Arbeiters, nicht über die Tätigkeit des Arbeiters.

Kreisen, für welche das Zeugnis vor allem in Betracht kommt, d. h. in den Kreisen der Arbeitgeber, fast durchweg als ein Tadel des moralischen Verhaltens des Arbeiters aufgefaßt wird, der auf sein weiteres Fortkommen von nachteiligem Einfluß sein wird, so wird, wenn die Umstände des Streiks, Motiv des das Arbeitsverhältnis



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

- Wilhelm Förster. Zahlstelle Neuenhof.
- Franz Walkowiel, Ritter des Eisernen Kreuzes. Zahlstelle Posen, Maurer.
- Johann Otto aus Brochthausen.
- Johann Ritter aus Dsch, Ritter des Eisernen Kreuzes.

Verwaltungsstelle Gelsenkirchen.

- Franz Suning.
- Georg Schulz.
- Georg Lahrman. Verwaltungsstelle Osnabrück.

- Valentin Sobel. Zahlstelle Odersdorf.
- Wilh. Rülther, Inhaber des Eisernen Kreuzes. Zahlstelle Olsberg.
- Anton Riffe. Zahlstelle Offensth.

- Bernhard Puschinski, Ritter des Eisernen Kreuzes. Zahlstelle Olin-Rippes.
- Franz Tadrowski. Zahlstelle Thorn.

- Carl Hermann.
- Herm. Albers.
- Gustav Schnigler. Verwaltungsstelle Ouisburg.

- Carl Vieten. Zahlstelle Wülheim-Brotich.
- Mois Arbeiter aus Drusenheim. Verwaltungsstelle Strahburg.
- Anton Striewe.
- Jos. Kirchhoff. Zahlstelle Dortmund, Maurer.

- B. Nowaki. Zahlstelle Hannover, Bauarbeiter.
- Fritz Biere.
- Konrad Weßmann. Zahlstelle Lage.

- Paul Demski. Zahlstelle Poln. Mendorf.
- Mois Hofe. Zahlstelle Rhumspringe.
- Karl Thomas.
- August Raffing. Zahlstelle Spenge.

- August Boschanski. Zahlstelle Seeburg, Ostpreußen.
- August Probst. Zahlstelle Neubekum.

- Joh. Jakob aus Brochthausen, Kr. Worbis.
- Wilh. Hartmann.
- Josif Hartmann, beide aus Haarbrück, Kreis Götter.

- Andreas Bils.
- Albert Gah, beide aus Pfaffenrod, Kr. Fulda.
- Nikolaus Lehmann aus Brandlos, Kr. Fulda. Verwaltungsstelle Bochum.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 959 brave Kollegen entzissen.

Am 28. Mai starb an den Folgen eines Unfalles unser Mitglied E. Brusch aus Bruchhausen. Zahlstelle Olsberg.

Am 30. Mai starb unser Kollege Hermann Masmann an Lungenerkrankung im Alter von 38 Jahren. Verwaltungsstelle Bremen.

Am 1. Juni starb infolge eines Unfalles unser jugendlicher Kollege Wilhelm Weß aus Blantzenau, Kr. Fulda, im Alter von 15 Jahren. Verwaltungsstelle Bochum.

Am 1. Juni starb unser treuer Kollege Johann Herz im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung. Verwaltungsstelle Ungeburg. Ihre ihren Andenken!

berühmten Streiks und bei der Beteiligung der beteiligten Arbeiter bereit liegen, daß den Arbeitern, die sich daran beteiligt haben, und insbesondere dem Streikführer ein Bewußtsein und der Beteiligung am Streik in moralischer Hinsicht nicht gemacht werden kann, das Zeugnis der in Frage stehenden Kollegen nicht erteilt, was wiederum nicht in ihrer Richtung auf

das Urteil anderer — und die Wirkung eines Zeugnisses nach außen ist ein Hauptmoment bei der Bewertung seiner objektiven Wichtigkeit. Das Zeugnis ist dann trotz der Wichtigkeit der tatsächlichen Angabe objektiv unrichtig. Mit einem solchen Zeugnis hat aber der Arbeitgeber seiner Zeugnispflicht gemäß § 113 Gewerbeordnung nicht genügt. Der Arbeitnehmer hat seinen Anspruch auf Erfüllung durch Ausstellung eines anderen oder durch Berichtigung des erteilten Zeugnisses.

### Bücherschau

**Formenschatz für die Arbeiten des Bauhandwerkers** (Zimmerer — Steinmetz — Schreiner (Zinn- — Glaser — Schlosser — Spengler — Möbelschreiner), 40. 87 Seiten mit 446 Abbildungen im Text und auf 55 Tafeln. Gebunden 2,80 M. Verlag S. U. Ludwig Degener, Leipzig. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage.

Das Bemühen des Verfassers geht dahin, dem Bauhandwerker neben dem Architekten und Bautechniker deren Aufgabe es ist, die Wünsche des Bauherrn auf Papier zu bringen und auf der Baustelle und im Rechtsverkehr zu vertreten, eine in bezug auf technische und formale Einzelheiten wenigstens bis zu einem gewissen Grade selbständige Stellung einzuräumen, zu verschaffen oder wieder zu erobern, wie sie der guten Tradition des zünftigen Handwerks entspräche.

Sechsten gelangte die zweite vermehrte und verbesserte Auflage des

### „Bautechnisches Taschenbuch“

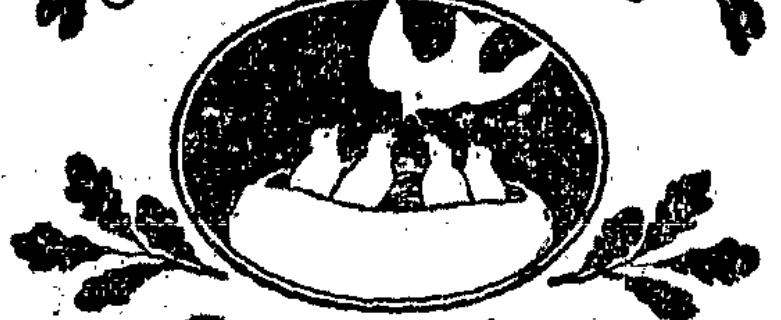
für Praxis, Repetition und Vorbereitung zur Meister- und Baumeisterprüfung, herausgegeben von Otto Keller, Direktor des Technischen Instituts zu Weizsäcker, 80. Taschenformat, X, 256 S. mit 200 Abbild., in Ganzleinenband 4 M. Verlag von S. U. Ludwig Degener, Leipzig, zur Ausgabe.

Wir haben hier ein tatsächlich sehr brauchbares Lehr- und zugleich Nachschlagewerk vor uns, das sich durch seinen reichen, in knapper Form, teilweise in Frage und Antwort geschickt zusammengefaßten Inhalt: Tabellen und Notizen, Allgemeines Repetitorium: Mathematik — Physik und allgemeine Mechanik — Hilfsmaschinen bei Bauten — Statik und Festigkeitslehre — Chemie und Baustofflehre — Hauptregeln für Bauausführung und Baukonstruktion — Gesetzbücher — Erste Hilfe bei Unglücks- und Krankheitsfällen — Geschäftsbücher — Anleitung zur Anfertigung statischer Berechnungen zur Eingabe an Behörden, Beton- und Eisenbeton-Konstruktionen auf der Baustelle wie im Bureau fast unentbehrlich gemacht hat.

### Bekanntmachung

Die Verwaltungsstellen-Vorstände, in deren Bereich arbeitslose Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter sich befinden, möchten dies umgehend dem Hauptvorstand mitteilen. An verschiedenen Stellen besteht ein großer Mangel an diesen Arbeitern. Der Hauptvorstand wird alsbald den betr. Verwaltungsstellen Mitteilung zukommen lassen.

### Gemeinnützige



### Deutsche Volksversicherung

Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall Eures frühzeitigen Todes, sorgt

für Euer Alter sowie für die Ausbildung u. Aussteuer oder den Sterbefall Eurer Kinder

bei unserer gemeinnützigen Volksversicherung. Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Bekannt unentgeltliche Auskunft kostenlos bei dem Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften  
Ella v. Heyn, Berliner Wall 9